



„Bei der finanziellen Sicherung des vhs-Bildungsangebotes geht es nicht ohne politische Unterstützung des Landes. Aber auch die Kommunen müssen sich ihrer Bildungsverantwortung bewusst sein.“

Drei Fragen an Christof Bolay

OB Christof Bolay ist seit drei Jahren der Vertreter des Städtetags im Vorstand des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg. Der 44-Jährige wurde Ende Februar mit 97,8 Prozent der Stimmen als Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Ostfildern im Amt bestätigt und für weitere acht Jahre gewählt. Der vhs-Verband gratuliert zur erfolgreichen Wiederwahl und möchte von ihm wissen, wie es ihm persönlich mit dem Wahlerfolg geht, welche Wege er mit der vhs in Ostfildern einschlägt und welche Herausforderungen er als Vorstandsmitglied für die Zukunft der Volkshochschulen in Baden-Württemberg sieht.



Gratulation zur eindrucksvollen Wiederwahl! Wie lebt es sich mit so viel Zustimmung? Und kann man Kritik dann noch akzeptieren?

Vielen Dank für die guten Wünsche. Mit dem Vertrauen, das mir die Wählerinnen und Wähler ausgesprochen haben, lebt es sich natürlich sehr gut. Ich fühle mich in meiner kommunalpolitischen Arbeit bestätigt und möchte diesen Weg fortsetzen. Einen Schwerpunkt habe ich im Bereich der Bildung gelegt, weil ich davon überzeugt bin, dass dieser Aspekt eine Schlüsselrolle spielt: eine Schlüsselrolle im respektvollen Miteinander der Menschen und in der Ausbildung einer aktiven, engagierten Bürgergesellschaft. Kritik nehme ich weiterhin gerne an. Ohne geht es gar nicht. Und ich bin nicht der Annahme verfallen, dass das Wahlergebnis im Umkehrschluss heißt, dass nur ein Bruchteil der Bevölkerung jemals etwas kritisch anzumerken hätte. Meine schärfsten Kritiker sitzen übrigens zu Hause, insofern bin ich da gut in Übung.

Welchen Weg gehen Sie mit Ihrer Volkshochschule vor Ort?

Wir wollen die Volkshochschule für einen Teil unserer Bürgerschaft öffnen, der bisher nicht oder in nur sehr geringem Umfang dort vertreten ist: für die Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei geht unser Ansatz weit über die sehr erfolgreich angebotenen Integrationskurse hinaus. Wir bieten zum Beispiel neben Sprachkursen auch Erziehungskurse an. Aus den niederschweligen Angeboten ergeben sich vielfach Anknüpfungspunkte für weiterführende Angebote wie beispielsweise einen Computerkurs für Wiedereinsteigerinnen in den Beruf. Für das Konzept mit dem etwas sperrigen Titel „Aufsuchende Bildungsarbeit mit Migrantenfamilien“ haben wir jüngst eine Förderung vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport erhalten. Inzwischen ist unsere Volkshochschule regelrecht zum Experten auf diesem Themengebiet geworden und unterstützt andere Einrichtungen bei solchen Projekten. Und wir waren eine der ersten Volkshochschulen, die viel Bildung für wenig Geld anbietet: Seit zwei Jahren werden freie Plätze in Kursen über den Diakonieladen kostenlos an bedürftige Menschen vermittelt.

Vor welchen Herausforderungen sehen Sie die Volkshochschulen in Baden-Württemberg in den kommenden 10 Jahren?

Der beschleunigte Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt, die demografische Entwicklung der Gesellschaft, die Globalisierung der Weltwirtschaft – das sind Faktoren, die unser tägliches Leben mehr beeinflussen, als wir denken. Ich denke, dass sich die Volkshochschulen noch schneller auf die sich rasch wechselnden Themen einstellen müssen. Gleichzeitig sollten sich die Bildungseinrichtungen besser vernetzen. Nicht nur untereinander, sondern vor allem mit anderen Einrichtungen in der Stadt. So kann die Volkshochschule beim lebenslangen Lernen eine von vielen unterschiedlichen Stationen auf dem Bildungsweg eines Menschen werden. Eine weitere Herausforderung ist sicherlich die weitere Ausdifferenzierung der Kursangebote. Nicht nur, was die Inhalte betrifft, sondern auch die Lernformate. Derzeit stehen bei uns an der Volkshochschule zum Beispiel Webinare hoch im Kurs. Und eine weitere Herausforderung bleibt es, die Finanzen und die Finanzierbarkeit eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebotes der Volkshochschulen auf Dauer zu sichern. Hier geht es nicht ohne politische Unterstützung des Landes. Aber auch die Kommunen müssen sich ihrer Bildungsverantwortung bewusst sein.